

Kreisblatt



für den

Kreis Westerburg.

Telegraphen-Adresse:

Kreisblatt Westerburg.

Postfachkonto No. 331
Frankfurt a. M.

Drucknummer 28.

Das Kreisblatt wird von 80 Bürgermeistereien in eigenem Kasten ausgehängt, wodurch Inserate die weiteste Verbreitung finden.

Redaktion, Druck und Verlag von D. Raesberger in Westerburg.

No. 65.

Freitag, den 8. Juni 1917.

33. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

An die Berichterstatter bis 12. ds. Mts. über die Zahl in der Holzabfuhr seit 1. Juni 1917 tätig gewesenem landwirtschaftlichen Gespanne und der dabei geleisteten Gespannarbeiten wird erinnert. Fehlanzeige nicht erforderlich. (Verf. 26. 2. 1917 K. 1188 Kreisblatt Nr. 26.)

Westerburg, den 8. Juni 1917.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses.

An die Herren Bürgermeister des Kreises und den Magistrat der Stadt Westerburg.

Bis zum 20. Juni 1917 sind mir die Zu- und Abgangszahlen für das 1. Vierteljahr 1917 nebst den bei mehr als einer angeordneten Zusammenstellungen einzureichen.

Wegen Aufstellung der Listen bzw. der Zusammenstellungen verweise ich auf meine Verfügungen vom 8. April 1914, E. 431, vom 29. Juli 1915, E. 397.

Westerburg, den 7. Juni 1917.

Der Vorsitzende

der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission.

Die f. Zl. bei dem Pferde des Jakob Lehr in Gerborn sowie dem Pferdebestande des Fuhrmanns Wilhelm Hof (in Firma Otto und Comp.) in Beilstein ausgebrochene Ränder ist ersuchen. Die Schutzmaßnahmen sind aufgehoben.

Pöhlburg, den 1. Juni 1917.

Der königliche Landrat.

Vereitstellung von Fundprämien für abbauwürdige Phosphatlager.

Veröffentlichungen des Preussischen Landwirtschaftsministeriums.

Der Bedarf der deutschen Landwirtschaft an phosphorsäurehaltigen Düngemitteln wurde in Friedenszeiten in der Hauptsache durch die aus überseeischen Phosphaten hergestellten Superphosphate und das Thomasphosphatmehl gedeckt. Die Erzeugung des letzteren ist im Kriege nur wenig zurückgegangen. Die überseeischen Phosphate konnten zum Teil durch die Phosphate Nordamerikas und Belgiens und die Wiedereröffnung des Phosphatbergbaues an der Bahn durch die Kriegsphosphatgesellschaft ersetzt werden. Durch die Auffindung neuer Verfahren ist es möglich geworden, auch solche phosphorhaltige Gesteine, die man früher nicht auf Düngemittel verarbeiten konnte, diesem Zweck nutzbar zu machen. Um die Erträge der Landwirtschaft dauernd auf der Höhe zu halten, ist eine Vermehrung der Bestände an phosphorsäurehaltigen Düngemitteln erforderlich.

Aus Mitteln des Preussischen Staates, der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, des Vereins deutscher Düngemittelhersteller und der Chemischen Fabrik Alsenania in Aachen ist daher ein Betrag von 100.000 M. ausgeworfen worden, der zur Gewährung von Prämien für die Auffindung neuer Lagerstätten und zu der weiteren Untersuchung der letzteren bestimmt ist.

Die Untersuchungen sollen sich nicht nur auf das Gebiet des Deutschen Reiches, sondern auch auf die besetzten Gebiete des Reichs erstrecken.

Da auf die Mitarbeit nicht nur von Fachleuten, sondern auch von Laien gerechnet wird, können solche Personen, die sich an den Nachforschungen beteiligen wollen, von dem Rheinischen Mineralien-Kontor Dr. F. Frank, Bonn, Gerwarthstraße 36,

kleine Proben der in Betracht kommenden Gesteine nebst einer kurzen Beschreibung der Vorkommen beziehen.

Meldungen bisher unbekannter, noch nicht gebauter Phosphatlagerstätten sind an die Rohmaterialstelle des Landwirtschaftsministeriums, Berlin, Leipziger Platz 7, zu richten. Die königliche Geologische Landesanstalt Berlin, Invalidenstrasse 44, hat sich zur Mitarbeit und Auskunfterteilung bereit erklärt.

Erweist sich die angegebene Fundstelle als aussichtsreich, so erfolgt eine Untersuchung durch Sachverständige, von deren Ergebnis es abhängt, ob eine Rückgewähr der für die Auffindung aufgewendeten Kosten und die Gewährung einer Fundprämie stattfindet. Die Höhe der letzteren richtet sich nach dem Wert der festgestellten Lagerstätte.

Findet ein Abbau der neuen Lagerstätte statt, so wird dem Finder eine angemessene Vergütung für jede Tonne des tatsächlich gefördertem Gesteins zugesichert.

Berlin, den 11. April 1917.

Der Welt-Krieg.

WB. Großes Hauptquartier, 5. Juni. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Lage an der flandrischen Front ist unverändert. Im Wytschaetebogen und in den Nachbarabschnitten steigerte sich seit Tagen die Artillerieschlacht am Nachmittag zu äußerster Kraft und hielt bis in die Nacht an. Zur Feststellung der feindlichen Feuerwirkung vorstoßende Abteilungen sind stets zurückgewiesen worden. Nahe der Küste und zwischen Va Bassee-Kanal und der Straße Bapaume-Cambrai war auch gestern an mehreren Stellen die Kampfhandlung lebhaft. Hier blieben gleichfalls Vorstöße für die Engländer ohne Ergebnis.

Deeresgruppe deutscher Kronprinz.

Längs der Aisne und in der westlichen Champagne hat stellenweise der Feuerkampf wieder zugenommen.

Bei Braye wurden zwei nach sehr starker Vorbereitung durchgeführte nächtliche Angriffe unter schweren Verlusten für die Franzosen abgeschlagen.

Deeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts wesentliches.

Bei günstigen Wetterverhältnissen war an der ganzen Front bei Tag und bei Nacht die Fliegeraktivität rege. In Luftkämpfen und durch Abwehrfeuer sind gestern 12 Flugzeuge abgeschossen worden, durch Artillerie-Fernfeuer 1 Fesselballon. Leutnant Wöb brachte den 32., Leutnant Schäfer den 30. und Leutnant Almenröder den 24. Gegner durch Luftangriff zum Absturz.

Auf dem

Ostlichen Kriegsschauplatz

ist es bei vielerorts auflebender Gefechtsaktivität zu größeren Kampfhandlungen nicht gekommen.

Mazedonische Front.

Außer Vorpostengeplänkel keine wesentlichen Ereignisse.

WB. Großes Hauptquartier, 6. Juni. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Artillerieschlacht im Wytschaeteabschnitt hat mit nur kurzen Unterbrechungen ihren Fortgang genommen. Starke Erkundungstöße des Feindes wurden abgeschlagen.

Abends und nachts war die Kampfaktivität auch nahe der Küste und längs der Artoisfront gesteigert.

Bei Einbruch der Dunkelheit griffen die Engländer mit starken tief gestaffelten Kräften auf dem Nordufer der Scarpe an.

Zwischen Gavrelle und Champoux wurde der Feind unter schweren Verlusten durch bayrische Regimenter zurückgeworfen. Weiter südlich drangen seine Strumtruppen nur beim Bahnhof Noeux in unsere Stellung. Dort wird um kleine Grabenstücke noch gekämpft.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

Am Chemin des Dames und in der West-Champagne war die Artillerie-Tätigkeit wechselnd stark.

In der Nacht zu gestern versuchten die Franzosen noch einen dritten Angriff nordwestlich von Braye. Auch dieser Anlauf brachte ihnen keinerlei Gewinn, kostete sie dagegen beträchtliche Opfer. Ebenso vergeblich und verlustreich griffen starke französische Kräfte morgens am Winterberg unsere Gräben an.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts wesentliches.

Eines unserer Luftgeschwader warf auf militärischen Anlagen von Sheernez (Themse-Mündung) wieder 5000 Kilo Bomben ab. Gute Treffwirkung wurde beobachtet.

In zahlreichen Luftkämpfen längs der Front küßten die Gegner 11 Flugzeuge ein.

Leutnant Almenröder errang seinen 25. und 26., Leutnant Böh seinen 33. Luftsieg.

Auf dem

Ostlichen Kriegsschauplatz

und an der

Mazedonische Front

ist bei stellenweise auflebendem Feuer und Vorfeldgefechten die Lage unverändert.

Auf dem Ostufer der Struma warfen englische Flieger Brandbomben auf die reisenden Getreidefelder.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die russische Friedensformel und die russische Offensive.

W.B. Bern, 6. Juni. Die „Times“ meldet aus Petersburg vom 31. Mai, obwohl die Stimmung zugunsten einer sofortigen Offensive zunehme, bestehe man in der sozialistischen Presse, darunter im Blatte des Arbeiter- und Soldatenrats darauf, daß die Regierung erst die Formel „Keine Annexionen und keine Entschädigungen“ annehme, ehe die Russen marschieren. „Dielo Naroda“ schreibt, es würde der Auslieferung der revolutionären auswärtigen Politik an die Alliierten gleichkommen, wenn wir die Offensive ergriffen, ohne ihre festen Garantien für die Annahme eines Grundgesetzes, eines Friedens ohne Annexion, erhalten zu haben. „Novaja Schiza“ schreibt: Die Bemühungen der einstweiligen Regierung um die Offensive enthalte eine schwere Gefahr. Keine Agitation, weder Aufrufe, noch Drohungen werden die gewünschten Ergebnisse erzielen, bis die neue Formel, welche Annexionen, Entschädigungen und die Ziele des Imperialismus bei den Alliierten ausschließt, amtlich angenommen ist. Die „Morning Post“ meldet aus Petersburg vom 30. Mai: In einem Artikel des Organs des Delegiertenrats werde unter Hinweis auf die Rede des Kriegsministers Kerenski und anderer über die russische Offensive gesagt, es ist durchaus unwahr, daß wir die Offensive vorbereiten. Was wir tun, ist lediglich, eine solche möglich zu machen, um Deutschland daran zu hindern, Truppen von der Ostfront zu senden und es den Russen zu ermöglichen, bei den Friedensverhandlungen mit Deutschland nicht als Besiegte zum Sieger, sondern als Gleiche zum Gleichen zu sprechen. Der Artikel führt weiter aus: Die Revolutionsarmee könne nicht vorrücken, sofern nicht jeder Soldat überzeugt sei, daß er für die Freiheit kämpfe und nicht als Raubtier den internationalen Kapitalismus bereichere. Nur eine tätige Auslandspolitik, die jeden Zweifel über Ziel und Charakter des Krieges beseitige, könne die Grundlage für eine Offensive legen.

Russische Heerführer über die Kriegsaussichten.

Der „Dien“, das Blatt des russischen Kriegsministers Kerenski, führt Bruchstücke einer Ansprache an, die der Führer der an den Karpaten kämpfenden Südwestarmee vor Journalisten gehalten hat. Brussiloff sagte: Unsere Heeresleitung verbirgt nicht, daß von einem Siege schwerlich noch gesprochen werden kann. Der Sieg im Kriege... für die Vernichtung des deutschen Militarismus im Namen und zur Ehre des englischen Militarismus ist schon heute unmöglich geworden.“ Ähnlich pessimistisch äußerte sich nach dem „Dien“ General Alexejew: „Die Völker sind so ermüdet, daß sie höchstens noch vier Monate die Kraft zur Fortsetzung des gewaltigen Kampfes haben werden. Dann werden die lebendigen Kräfte, die materiellen Mittel, hauptsächlich aber die Lebensmittel erschöpft sein. Der Glaube an den endgültigen Sieg ist bei unseren Verbündeten noch wach; wir Russen aber träumen nicht vom Siege, sondern leider nur vom stillen, friedlichen Leben.“

Skobelew für sofortigen Frieden.

Wien, 6. Juni. Wie die russische Zeitung „Rabotschje Gazette“ mitteilt, hat sich der neue Arbeitsminister Skobelew gegen eine russische Offensive und für einen sofortigen Friedensschluß ausgesprochen.

Eine Friedensresolution der Garnison von Wiborg

Stockholm, 6. Juni. Die Garnison von Wiborg in Finnland beratschlagte in einer achtsündigen Soldatenversammlung über die Friedensfrage und faßte einstimmig eine Resolution dahingehend, der Friede müsse sehr schnell hergestellt werden, denn der gefährlichste Feind, gegen den sich Rußland zu verteidigen habe, sei die steigende Hungersnot.

Deutsches Reich.

Vollkommene Sicherheit des Durchhaltens.

Berlin, 5. Juni. (Nichtamtlich). Die preussischen Präsidenten und Regierungspräsidenten haben sich heute dem Vorsitz des Ministers des Innern versammelt. An den Beratungen nahmen außerdem der Finanzminister, der Landwirtschaftsminister, Vertreter aller preussischen Ressorts, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der Präsident des Kriegsnährungsamtes, der Staatskommissar für Volksernährung, Vertreter sämtlicher mit den Aufgaben der Volksernährung vertrauter Dienststellen teil. Nach den einleitenden informativen Ausführungen des Ministers des Innern über die innerpolitische Lage und des Staatssekretärs des Auswärtigen über Fragen auswärtigen Politik, trat die Versammlung in eine Besprechung der Volksernährungsfragen ein über die Aufgaben, die für den Rest des laufenden Erntejahres 1917 bis 1918. Bei rücksichtsloser Aussprache über den Ernst der Lage ergab sich unter Berücksichtigung aller bestehenden Ernährungsmöglichkeiten die vollkommene Sicherheit des Durchhaltens für den Rest dieses Jahres und für die neue Wirtschaftsperiode bis zum siegreichen Frieden.

Keine Beunruhigung!

W.B. Berlin, 7. Juni. (Amtlich.) Wie im vergangenen Jahre, so ist auch in diesem Jahre wiederum das Gerücht getaucht, daß unsere Gegner in den Sommermonaten Fliegergriffe in größtem Umfange gegen alle Teile Deutschlands nehmen würden, um das reisende Getreide auf dem Felde durch Brandbomben zu vernichten. Das Gerücht stammt nachgewiesenermaßen aus dem Lager unserer Feinde und hat einzig und allein Zweck, im deutschen Volke Beunruhigung zu erregen. Zu solcher Beunruhigung liegt nicht der geringste Grund vor. Es ist unmöglich, die reisenden Getreidefelder durch Bomben oder andere Brandmittel vom Flugzeug aus in Brand zu setzen. Wir können nur wünschen, daß unsere Gegner zu solchen aussichtslosen Suchen schreiten würden. Sie würden eine schwere Einbuße an Flugzeugen dabei erleiden, ohne unserer Broternte auf dem Felde Schaden zufügen zu können.

Französische Friedhofschändungen.

Berlin, 25. Mai. „Illustration“, die vornehmste französische illustrierte Zeitschrift, vom 12. Mai 1917 veröffentlichte einen längeren Artikel Henri Lavedans über die deutschen Soldatenfriedhöfe in den besetzten Teilen Nordfrankreichs. Selbstverständlich findet der Franzose alle diese Anlagen plump und geschmacklos, sie sind für ihn nichts weiter als ein neuer Beweis für deutsche Selbstüberhebung, die Frankreich und die französische Erde beleidigt. „Beg mit ihnen“ ruft Lavedan. Mögen die deutschen Toten unseren Boden düngen, das allein wollen wir ihnen erlauben. Bewilligen wir ihnen ein einfaches niederholzkreuz, so ist das eine genügende Großmut unsererseits. Der Rest soll Hacke und Mauerbrecher niederlegen und vernichten. Natur, Wetter, Jahreszeiten und die Jahre werden das ihre und die ungepflegten Gräber dem Erdboden gleichmachen.“ Ein Beitrag französischer Kultur und Geistesverfassung ohne Kommentar.

Aus dem Kreise Westerbürg.

Westerbürg, 8. Juni 1917

Frühdruschprämien.

Das Kriegsernährungsamt hat der Westerbürg. Bezirksverwaltung eine Verordnung über Frühdrusch erlassen, durch die die schnelle Erfassung der Ernte in den frühererntenden Gebieten gewährleistet werden soll. Wegen der mit dem Frühdrusch verbundenen wirtschaftlichen Behinderungen und Unkosten wird den Landwirten in Form von Druschprämien eine besondere Entschädigung gewährt: Vor dem 16. August 1917 60 Mk. für 1 Hektar, vor dem 1. September 1917 40 Mk. für 1 To., vor dem 1. Oktober 1917 20 Mk. für 1 To. Die Besitzer von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, insbesondere Treibriemen, Röhren, sowie von Trocknungsanlagen aller Art sind verpflichtet, diese auf Verlangen gegen eine angemessene Entschädigung dem Zwecke der Frühernte und des Frühdrusches zur Verfügung zu stellen. Die gleiche Verpflichtung besteht für die Besitzer von Kraftwerken. Die Bestimmungen über die Druschprämien gelten für das ganze Reichsgebiet, also auch für die Bundesstaaten, denen bereits im Wege der Landesgesetzgebung Maßnahmen zur Durchführung des Frühdrusches eingelegt sind.

Geplante Verlegung der Sommerferien.

Die Sommerferien sollen in der ganzen Provinz Posen-Masowien für die Orte mit höherer Schule mit Rücksicht auf die Ernte verlegt werden. Sie sollen von Freitag, 20. Juli, bis 21. August, dauern. Seither fielen die größten Sommerferien in den Monat Juli.

Keine Besuchsreisen.

Bestimmte Züge des Nahverkehrs sind fortwährend namentlich Sonntags so stark überfüllt, daß vielfach Reisende in größerer Zahl nicht haben befördert werden können. Der starke Andrang zu diesen Zügen ist nach Beobachtungen der Eisenbahndirektion mit auf die zahlreichen Rückführzüge zurückzuführen, die von den Anverwandten der zum Heeresdienst Einbezogenen zum Besuche in den Garnisonen unternommen werden. Wiederholt ist in Bekanntmachungen hervorgehoben worden, daß z. B. alle verfügbaren Betriebsmittel in erster

zur Befriedigung des Nahrungs- und Güterverkehrs dienen müssen und alle nicht unbedingt nötigen Reisen unterbleiben sollten. Der landwirtschaftliche Pflicht ist es, daß auch die erwähnten Besuchsreisen auf das unumgänglich nötige Maß beschränkt werden.

Eier-Regelung. Um dorthin, wo sie vorwiegend nötig sind, die Eier möglichst gleichmäßig zu verteilen, sind seit August 1917, als die Eier der öffentlichen Bewirtschaftung unterstellt worden. So damals die Legezeit im wesentlichen schon vorüber war, ist man aber erst in diesem Frühjahr zur Ausführung der ergangenen Vorschriften geschritten. Seit Ende April hat hierbei die Regierung auch in den Verbrauch der Selbstversorger eingegriffen. Die wichtigste und schwierigste Voraussetzung für die Verteilung von Eiern ist ihre Erfassung. Man hat zu diesem Zwecke zunächst festgestellt, wieviel Hühner im Deutschen Reich vorhanden sind und wieviel Eier von diesen abgeliefert werden können. Nach der sorgfältigen Schätzung von Sachverständigen und statistischen Beratern hat sich ergeben, daß man von jedem Legehuhn eine Abgabe von 30 Eiern im Jahre verlangen kann, ohne daß dadurch die Selbstversorgung, auf die der Geflügelhalter einen Anspruch erheben kann, und die Erzeugungsfreudigkeit ungebührlich beeinträchtigt werden. Eine Zusammenstellung hat dargetan, daß eine Ablieferung von 30 Eiern je Huhn und Jahr ausreicht, um in Krankenhäusern und Lazaretten ihren unumgänglichen Bedarf zu befriedigen und dann noch der allgemeinen Bevölkerung im Jahr ein Ei je Kopf zu lassen. Hiernach ist in Preußen für jeden Landkreis und Stadtkreis errechnet, welche Eiermengen zu erheben sind und welchen Bedarf die versorgungsberechtigte, d. h. nicht Hühner haltende Bevölkerung hat. Soweit die Anzahl der zu erfassenden Eier hinter dem Eier-Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung zurückbleibt, ist der betreffende Kreis als Bedarfskreis und erhält in Höhe des Fehlbetrages einen Zuschuß von Eiern, zu welchem Zweck die Ueberschußkreise, bei denen die Zahl der zu erfassenden Eier über den Bedarf der eigenen versorgungsberechtigten Bevölkerung hinausgeht, ihre Ueberschüsse an die übergeordnete Verteilungsstelle, d. h. hier im Bezirk an die Bezirks-Eierstelle abzuliefern haben. Nach dieser Errechnung stehen im Bezirk 6 Bedarfskreise, nämlich die beiden Stadtkreise Frankfurt und Wiesbaden und die Landkreise Wiesbaden, Höchst, Obertaunuskreis und Rheingaukreis. Ihr Zuschußbedarf beträgt rund 12,5 Millionen Eiern ist in Höhe von rund 8,5 Millionen Eiern aus den Ueberschußkreisen des Bezirks zu decken, während der Rest von rund 4 Millionen aus Ueberschußkreisen der Regierungsbezirke Cassel zu liefern ist. Im ganzen Bezirk sind rund 18 Millionen Eier zu erfassen, denen ein Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung von 22 Millionen Eiern gegenüber steht. Diese Belieferung der allgemeinen Bevölkerung, wie man sieht, nicht sehr reichlich. Indes steht neben den landwirtschaftlichen Eiern noch die von der Z. G. G. aus dem neutralen Ausland hereingeschafften Eier zur Verfügung. Auch von diesen Eiern wird ein Teil dem Regierungsbezirk überwiesen und dadurch eine bessere Versorgung, namentlich in den besonders bedürftigen Kreisen sowie für Kranke in freier Verköstigung ermöglicht. In der Hauptsache aber werden diese Eier zur Einkühlung der Einkühlung kommen müssen, damit es auch in den Wintermonaten möglich ist, der Bevölkerung Eier wenigstens in beschränktem Maße zuführen zu können. Insbesondere soll auf diesem Wege erreicht werden, daß im Winter den Kranken die notwendigen Eier zur Verfügung stehen. Die Hauptsache ist insbesondere auch die Voraussetzung für die Ueberweisung von Z. G. G. — Eiern —, daß die nach vorstehendem Plane erforderliche Erfassung von 30 Eiern je Huhn im Regierungsbezirk tatsächlich erfolgt. Dafür sind in allen Kreisen zunächst Sammelstellen eingerichtet und Aufkäufer angestellt, an die alle Eier, die der Geflügelhalter zum Verkauf stellen kann, abzuliefern hat. Um aber auch die Gewähr dafür zu haben, daß tatsächlich Eier je Huhn geliefert werden, haben bereits seit längerer Zeit einige süddeutsche Bundesstaaten, wie Württemberg, Baden und Pommern eine Anordnung erlassen, wonach diese 30 Eier zur Ablieferung kommen müssen. Diese Anordnung hat sich bewährt. Die Geflügelhalter sind dort durchaus in der Lage, den an sie gerichteten Ansprüchen zu genügen. Deshalb ist es für zweckmäßig gehalten worden, auch im Regierungsbezirk Wiesbaden eine ähnliche Verordnung zu erlassen, die den Geflügelhalter verpflichtet, Eier von jedem Legehuhn abzuliefern. Da nun eine besondere Regelung der Legehühner, nicht vorgenommen werden kann, so hat man die Ablieferungspflicht auf 80 % des Hühnerbestandes festgesetzt, da man nach dem Urteil Sachverständiger ruhig annehmen kann, daß nicht mehr als 20 % des Hühnerbestandes aus alten und aus nicht oder schlecht legenden Hühnern besteht. Ist bei dem Erlaß der Verordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden nicht übersehen worden, daß Verhältnisse vorliegen, die eine Ablieferung von Eiern erschweren. Wo derartige besondere Verhältnisse vorliegen, soll ihnen Rechnung getragen werden. Es sind deshalb die Kreise ermächtigt, in Gemeinden besonders ungünstigen Erzeugungsverhältnissen oder bei sonstigen Verhältnissen mit nur ganz geringer Hühnerzahl aber starker Bevölkerung die Hühnerhaltenden Familie die Ablieferungspflicht teilweise herabzusetzen. Andererseits wird es fast immer möglich sein, die Ablieferungspflicht zu erfüllen, wenn tatsächlich Eier, die zum Verkauf kommen, an die öffentlichen Sammelstellen abgeliefert werden und nicht etwa, wie es leider jetzt noch

sehr häufig der Fall ist, auf dem Wege des Schleichhandels in falsche Hände geraten. Dem Geflügelhalter werden durch den Schleichhandel besonders hohe Preise geboten, oft ist er dann nicht in der Lage, der Verlockung dieser Preise zu widerstehen. Es kann daher nicht eindringlich genug darauf hingewiesen werden, von wie großer Bedeutung für das Durchhalten es ist, daß dieser Schleichhandel aufhört. Sowohl der, der Eier im Schleichhandel erwirbt, als der, der sie im Schleichhandel abgibt, veründigt sich am Vaterlande. Es muß von jedem Geflügelhalter erwartet werden, daß er genügend Pflichtbewußtsein hat, um sich nicht durch unredlichen Geldgewinn zu solchen vaterlandsschädlichen Geschäften verführen zu lassen. Wenn jeder seine Pflicht tut, so ist die Ablieferung von 30 Eiern, wie sie die Verordnung verlangt, sehr wohl möglich. Und wenn dies in Einzelfällen wirklich hier und da nicht möglich sein sollte, so ist auch diesen besonderen Verhältnissen gebührend Rechnung getragen. Die Verteilung der Ablieferungspflicht auf die einzelnen Monate sollen die Kommunalverbände der Vegetativität der Hühner anpassen und darüber besondere Verordnungen erlassen. Im Großherzogtum Hessen verlangt die Landesregierung bis zum 30. Juni 1917: 18 Eier, bis zum 31. August 1917: 8 Eier und bis zum 31. Oktober 1917: 4 Eier.

Gemischte Gesellschaft. Wer da glauben sollte, die Kriegswucherer setzten sich nur aus Leuten zusammen, die schon in Friedenszeiten in der einen oder anderen Richtung nicht ganz sauber waren, der dürfte in einem schweren Urteil befangen sein. Die erste Mailiste der wegen Kriegswuchers Verurteilten nennt neben zahlreichen beruflichen Lebensmittelhändlern und Verkäufern u. a. auch einen Kieler Bürstenfabrikanten, einen sehr bekannten Bahrenfelder Marzipanfabrikanten (75000 Mk. Strafe), einen Berginvaliden aus Götzg, einen Rentner aus Tennstedt, einen Lehrer aus Bunsch und den Direktor des Lebensmittelamts in Mannheim.

Bedürftige Beamte i. R.

Bedürftige Beamte i. R. und Hinterbliebene von Beamten, insbesondere solche mit unversorgten Kindern, können für die Kriegsdauer laufende Beihilfen erhalten, wenn sie durch die Teuerung nachweislich in eine Notlage geraten. Dies ist auch in den Fällen möglich, wo feste Kriegsbeihilfe infolge zur Zurücksetzung oder Tod eines Beamten fortfallen. Beteiligten wird empfohlen, Anträge unter näherer Angabe an die für die Prüfung maßgebenden Verhältnisse an die für ihren Wohnort zuständige, der letzten vorgelegten Behörde des Beamten entsprechende Behörde einzureichen.

Schellenhahn-Schellenberg, 5. Juni. Als am Sonntag Abend mehrere Mädchen von Schellenberg mit Kranzbinden für das Fronleichnamfest beschäftigt waren, wurden sie von jungen Burschen von der Straße aus belästigt. Um den Unfug zu wehren, stach eins der Mädchen mit dem Messer nach dem offenen Fenster und traf dabei die junge Frau des Hauses, die nach Verschleudung der Kuchlinge zufällig ans Fenster getreten war, in das linke Auge so unglücklich, daß sie nach kurzer Zeit verstarb. Das Mitgefühl bei diesem traurigen Ereignisse, durch das der Chemann Alois Hering, der seit Kriegsbeginn im Felde steht, seine Frau und drei kleine Kinder ihre Mutter verloren haben, ist allgemein; ebenso aber auch die Verurteilung der eigentlichen Schuldigen.

Aus Nah und Fern.

Abtei Marienstatt, 5. Juni. Am nächsten Dienstag wird die große Sakramentswallfahrt nach der hiesigen Gnadenstätte stattfinden. Nach dem Einzug der letzten Prozession wird um 10 Uhr ein feierliches Pontifikalamt zelebriert und während desselben die Festpredigt gehalten werden. Die Pilger werden gut daran tun, der Zeitumstände wegen für die Verpflegung selbst zu sorgen.

Wiesbaden, 28. Mai. Am heutigen Pfingstmontag, abends zwischen 7 und 8 Uhr ließen alle Glocken aller Kirchen und Kapellen unserer Stadt vor der durch die Kriegszeit bedingten Beschlagnahme noch einmal ein „Abschiedsgeläute“ über die Stadt erschallen.

Der Frieden, die Toten und wir.

(Ein Wort an die Dahheim.)

Ich komme von Beobachtung. Uebermorgen geht's wieder vor, ganz vor, dahin, wo man den Feind mit bloßem Auge sieht, an eine Stelle, die von der Infanterie geräumt wurde und auf die noch täglich Hunderte von Granaten nur schwersten Kalibers niederprasseln.

Dort heißt es wieder seine Pflicht tun und auf den Tod warten oder die Ablösung.

Mann ist ihm da vorn näher als anderswo, kann ihm mit Ruhe und gefaßt entgegensehen, das ist das einzige das wir tun können.

Bereit sein ist alles — zum Kampf und zum Sterben.

Wundert's dich, Leser daß es uns deshalb immer wieder dahin zieht, wo schon Tausende ruhen, die ebenso ihre Pflicht taten, die starben — für euch!

Und so sitze ich heute auf dem Waldfriedhof von W., zwischen Gräbern meiner Brüder und Kameraden und blicke hinab in die schöne Gotteswelt, in den prangenden, blühenden Frühling. Wie lange noch?

Ueberall Werden und Auserstehen, um mich Sterben und Verwesung.

Da weht der Wind ein Blatt mir vor die Füße: „Kriegsziele im Reichstag“, und ich schäme mich vor euch daheim, vor diesen stummen Kreuzen rund umher, wie ich mich schon vor Wochen, schäme als ihr um eines Bissen Brotes wegen lärmend durch die Straßen zogt.

Mir ist, als ob aus diesen Gräbern sich geballte Fäuste drohend gegen Osten reckten: „Darum also sind wir gestorben, gaben unser Leben darum?“

Hier ruht in Gott der Landsturmman —, der Reservist —, der Kriegsfreiwillige —, das steht auf diesen Kreuzen, und darunter steht: „Gewidmet von seiner Frau und seinen Kindern, seinen Lieben, seinen Eltern“, und weiter steht da: „Er starb fürs Vaterland“.

Ausschreien könnte man vor Schmerz und Wut, daß all das junge, kostbare Leben, hingemordet sein soll für nichts! Für einen Frieden, der kein Frieden ist, der uns und unseren Kindern nichts als Lasten schafft und keinem Staat als England frommt! Dafür will keiner, nicht ein Einziger gestorben sein. Dafür will keiner von uns kämpfen. Der Friede, den wir ersehnen — und wir ersehnen ihn! — sieht anders aus.

Wißt ihr, was die hier draußen von euch sagen? So hört's: „Was wissen die daheim vom Krieg: Was sind denn deren Leiden gegen unsere großen, was tragen die denn Schweres? Mit welchem Rechte reden die, die in dem Kriege nichts getan, als sich erhalten?“

Ob richtig oder falsch, sie sprechen so. Ich kann es ihnen nachempfinden.

Ein Neid erwacht in mir auf all die schlafenden Soldaten, die fielen in den Jahren der Begeisterung, als Deutschland noch ein Boll von Brüdern war.

Seid ihr's noch?

Oh, wie macht ihr uns das Kämpfen schwer und schwerer noch das Sterben!

Die ihr den Tod im heißen Kampfe fand't,

ruht auch in fremder Erd' im Vaterland“,

das steht wie hier auf vielen Denkmälern, die treue Kameraden dem Gedächtnis ihrer Brüder setzten.

Seht wohl! ihr Daheimgebliebenen, daß eure Kämpfer draußen nicht an euch verzweifeln müssen, wenn ihr ihnen das Bild vom Vaterland gar so sehr trübt!



Den Tod für König und Vaterland starb weiter aus hiesiger Stadt nach Mitteilung des Ersatz-Truppendeils am 16. April d. Is. der

Gefreite

Friedrich Haupt.

Die Stadt Westerbürg wird auch diesem Helden stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Westerbürg, den 7. Juni 1917.

Der Bürgermeister: Kappel.

Eingetroffen:

Große Sendung prima erstklassige

Kartoffelhäufelpflüge

mit Holzgründel.

Louis Ullmann II.

Bedern-, Eisen- und Maschinenhandlung,
Westerbürg, Marktplatz.

la. naturreine
Rhein- und Moselweine
Qualitäts-Zigarren, Zigarillos
u. Zigaretten

K. A. Seifenpulver,
empfehlen

Hans Bauer, Westerbürg.

Junges Mädchen

mit guten Zeugnissen, welches
mehrere Jahre als Verkäuferin
und Kontoristin tätig gewesen,
sucht für einige Monate Be-
schäftigung. Auskunft erteilt
P. Raesberger.

Kräutersammler

sowie Anhäuser für Brom-
beer-, Himbeer-, Erdbeer-,
Birken-, Waldbeer-Blätter,
Lindenblüte, Hainblatt,
Krauseminze, Pfefferminze
usw. in prima getrockneter
Ware in großen und kleinen
Posten zu kaufen gesucht

Geb. Müller,
Dorsten-Oelmühle.
See-Abteilung.

In dem gewaltigen Völkerringen unserer
Tage hat ein neuer Abschnitt durch die Tüchtig-
keit unserer U-Boote eingesetzt. Das ganze
deutsche Volk steht mit tiefem Ernst und äußerster
Entschlossenheit einmütig hinter den Männern,
die diese starke Waffe mit staunenswerter Ge-
folg gegen den Feind führen.

Nun gilt es in gleicher Einhelligkeit den
Helden den Dank abzustatten. Zu diesem
Zwecke soll eine

U-Boot-Spende

als Gabe des ganzen deutschen Volkes da-
gebracht werden.

Deutsche aller Parteien und aller Berufs-
stände legt Guter Scherflein

für die U-Boot-Besatzungen und für
andere Marineangehörige, die ähnlichen

Gefahren ausgesetzt sind,

opferwillig nieder.

Die U-Boot-Spende wird für diese Besat-
zungen und deren Familien verwendet werden.

Ehrenpräsidium:

Dr. von Bethmann Hollweg,
Reichstanzler.

Dr. von Benedendorf und von Hindenburg,
Generalfeldmarschall.

Admiral von Capelle,
Staatssekretär des Reichsmarineamts,

Präsidium:

Dr. Kaempf,
Präsident des Reichstags,
Vorsitzender.

von Bülow,
Generalfeldmarschall.

Graf von Baudissin,
Admiral z. D. à la suite
des Seecoffizierkorps.

Zimmermann,
Staatssekretär des Auswärtigen
Amts, Wirklicher Geheimer

Geschäftsführender Ausschuß:

Dr. Kaempf,

Präsident des Reichstags, Vorsitzender.

Heinrich Rismann,
Delegierter des Militärinspektors
der freiw. Krankenpflege.

Dr. von Schwabach,
Bankier.

Jungheim,

Geheimer Regierungsrat, Direktor beim Reichstag.

Vorstehender Aufruf wird mit der dringenden Bitte,
daß ein Jeder nach seinen Kräften zu dem guten Werke beizutragen
wolle, veröffentlicht! Zeigt durch reichliche Spenden unsere
U-Boothelden, daß das gesamte deutsche Volk einmütig hinter
ihnen steht.

Spenden werden von der Kreis-Sparkasse entgegengenommen.
Westerbürg, den 20. Mai 1917.

Der Kreis-Ausschuß.

Abt. Königlicher Landrat, Eichmann, Bürgermeister a. D.,
Kreisdeputierter, Gedding, Königlicher Forstmeister a. D.,
Kreisdeputierter, Kessler, Bürgermeister, Menck, Kaufmann,
Schaaf, Postagent, Wollweber, Rentner.

Die Geschäftsführer.

Schmitt,
Dezernent
Kreisabgeordneter.

Kappel,
Bürgermeister
Kreisabgeordneter.